

blickpunkt

Nr. 284
August 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

So was gibt es noch . . .

Die UNI-DATA Spedition, Spezialist für Computer-Transporte („Partner der High-Tech-Industrie“) mit Hauptsitz in München und 9 Niederlassungen in Deutschland (u.a. in Berlin, Dresden und Leipzig), sowie Büros in Prag, Moskau, Beijing und Shanghai hat etwas gegen Betriebsräte.

Als im Januar in der Niederlassung Frankfurt mit Betriebsteilen in Mörfelden, Dietzenbach und Groß-Gerau zu einer Betriebsversammlung eingeladen und ein Wahlvorstand zur Vorbereitung der Betriebsratswahl gewählt wurde, spürte man es schon deutlich. Daß sich Kolleginnen und Kollegen zur Vertretung ihrer Interessen zusammenfinden, einen Betriebsrat wählen wollen und dabei auch noch die Gewerkschaft einschalten - das war und ist der Geschäftsleitung ein Greuel.

Deshalb wurde der Wahlvorstand in seiner Arbeit behindert, wo es nur ging; jede Mitwirkung, zu der die Geschäftsleitung verpflichtet ist, mußte arbeitsgerichtlich erstritten werden - zwischendurch wurde auch mal der Vorsitzende des Wahlvorstands fristlos gekündigt mit der Begründung, er hätte ein Flugblatt der ÖTV im Betrieb verteilt; er mußte nach Urteil des Landesarbeitsgerichts weiterbeschäftigt werden.

Weil so die Betriebsratswahl nicht zu verhindern war, wurde gleichzeitig der Betrieb „neu geordnet“ mit dem Ziel, zwei eigenständige Betriebe nachzuweisen. So wird die Gründung der „UNI-DATA Transport GmbH“ in Mörfelden behauptet, eine Niederlassung der UD Transport Leipzig, und nur noch das

Projekt Dietzenbach/Groß-Gerau als „UD Spedition“ weitergeführt.

UNI-DATA Transport übernahm Büros, Lager und das Personal der UD Spedition in Mörfelden, das nicht „verdächtig“ war, die Betriebsratsinitiative mitzutragen.

Alle unliebsamen Kolleginnen und Kollegen wurden abgefunden, entlassen oder nach Dietzenbach „verfügt“ - so z.B. alle Mitglieder des Wahlvorstands. Anschließend wurde der „Betrieb“ UD Spedition an einen Subunternehmer vergeben („zufällig“ ein alter UNI-DATA-Mann), auf dessen „LOD GmbH“ die Arbeitsverhältnisse übergehen sollten. Damit glaubte die Geschäftsleitung alle „Sorgen“ los zu sein, die sie

mit einer gewählten Interessenvertretung der Mitarbeiter hat.

Aber trotz aller Schikanen und Machenschaften, für die viel Zeit und Geld aufgewendet wurden, fand die Betriebsratswahl für die UNI-DATA Spedition/Transport in Mörfelden, Dietzenbach und Groß-Gerau statt!

Darauf hat UNI-DATA Hausverbote und „betriebsbedingte“ Kündigungen ausgesprochen - gegen gewählte Betriebsratsmitglieder!

Weil es bei all dem längst um mehr geht, als um den Betriebsrat bei UD - nämlich um die Frage, wie ein „Arbeitgeber“ 1994 mit „seinen“ Arbeitern und Angestellten umgehen kann - stehen dem Betriebsrat und UNI-DATA neue

(Fortsetzung nächste Seite)

Ausgesperrt: Der UNI-DATA-Betriebsrat.



(Fortsetzung von Seite 1)

Arbeitsgerichtsverfahren ins Haus. Die ÖTV und die gewählten Betriebsräte geben nicht klein bei. Am 27. Juli haben sie vor dem Haupteingang von UNI-DATA in Mörfelden auf diese Vorgänge hingewiesen.

Die Aktion fand ein großes Echo. Viele Zeitungen und die „hessenschau“ berichteten. Bürgermeister Brehl und Erster Kreisbeigeordneter Schmitt waren vor Ort. Solidarität übten u.a. Stadtverordnete der DKP/Offene Liste und der Grünen, ÖTV-Vertrauensleute der Stadtverwaltung Mörfelden-Walldorf, Betriebsräte der Spedition LUEG, Rheinelektra und VDO.

Nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichtes Darmstadt ist jetzt am 3.8.94 das Hausverbot, gegen die Betriebsräte aufgehoben worden. Die Geschäftsleitung verweigert dem Betriebsrat trotzdem nach wie vor den Zugang zum Betrieb.

Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist ein kaum gebremster Kapitalismus. Vor allem im Speditionsgewerbe findet seit langem ein harter Verdrängungswettbewerb statt. Viele Fahrer, darunter zahlreiche aus den neuen Bundesländern, sitzen zu lange am Lenkrad. Täglich werden Gesetze und Vorschriften verletzt.

Viele Firmenchefs verhalten sich wie im Frühkapitalismus. So hat man auch dem jetzigen Betriebsratsvorsitzenden vor der BR-Wahl 50.000 DM angeboten, wenn er sofort den Betrieb verläßt. Er allerdings ließ sich nicht umbiegen und antwortete: „Meine Herren, wir schreiben das Jahr 1994, nicht 1894!“

Zur Diskussion gestellt

Mit der Einbringung des 1. Nachtrags zum Haushalt 1994 steht wieder die Frage nach der Mehrheit im Stadtparlament. Die SPD kam der CDU für ihre Zustimmung zum Haushalt weit entgegen und sie muß sich fragen lassen, ob sie diesen Weg weiter gehen will. Dieselbe CDU, die mit ihrer Politik in Bonn maßgeblich die Finanznot der Städte und Gemeinden verursacht, die weiterhin Milliarden für Rüstung und Krieg bereitstellt, Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot fördert, die „kleinen Leute“ mit Sozialabbau in Not und Elend treibt, den Banken und Konzernen dagegen Höchstgewinne und Steuererleichterungen sichert - dieselbe CDU bietet sich in unserer Stadt als „Retter in der Not“ an - und die SPD fällt darauf rein. Die Debatte um den „kw-Vermerk“ bei der Stelle der Museumsbeauftragten und seine Folgen und das Bürgerbegehren zum Kulturcafé haben gezeigt, wie schnell und einschneidend der Einfluß der CDU sich auswirkt. Und mancher Sozialdemokrat hat - dank der außerparlamentarischen Aktivitäten vieler Bürgerinnen und Bürger inzwischen gemerkt, auf was sich die SPD da eingelassen hat. Die SPD fühlt sich nicht wohl in ihrer Haut - und das nicht nur, weil die Bürgermeisterwahl näherrückt. Werner Schmidt (SPD) sagt: „Wir hatten keine andere Wahl“, um das Zurückweichen vor Hugo Jung & Co. zu begründen.

Wir stellen das in Frage. In unserer Stadt, in der die CDU bisher wenig zu bestellen hatte und die Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl '93 SPD, Grüne und DKP/Offene Liste mit zwei Drittel der Stadtverordneten ins Parlament wählten, ist es ein Unding, daß plötzlich die CDU die Politik bestimmt. Ich bin davon überzeugt, daß andere Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung auch bei Haushaltsentscheidungen möglich sind - wenn die SPD sie denn will. Allerdings ist Voraussetzung, daß nicht von anderen Fraktionen und Parteien erwartet wird, CDU-Politik zu machen. Wir wollen den Weg zu einer Mehrheit links der CDU, die ja im Parlament zweifellos gegeben ist, öffnen. Deshalb werden wir im Vorfeld der Debatten über den Nachtrag '94 und den Haushalt 1995 erneut die Diskussion darüber führen, unter welchen Voraussetzungen für uns als erklärte Opposition zumindest eine Enthaltung in Haushaltsabstimmungen denkbar ist. Wir wollen mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD und Grünen, aber auch mit unseren Wählerinnen und Wählern darüber reden, wie die zunehmende „Machtübertragung“ auf die CDU gestoppt werden kann.

Wir gehen davon aus, daß dieses „Signal“, das mein Fraktionskollege Rudi Hechler in der Sondersitzung zum „Bürgerentscheid“ bereits andeutete, empfangen und als ernsthafter Versuch verstanden wird, die Fortsetzung der „Rechtswende“ in der Kommunalpolitik in Mörfelden-Walldorf zu verhindern. Mit dem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zum „Kulturcafé“ haben die Bürgerinnen und Bürger ein Stück dieser Entscheidung zur Zeit selbst in die Hand genommen. Die Parlamentsfraktionen von SPD, Grünen und DKP/Offene Liste sollten dies als Aufforderung nehmen, über neue oder „einfache“ Mehrheiten im Stadtparlament zu reden. Das Feld darf jedenfalls nicht kampflös der CDU überlassen werden - wie das in die Praxis umzusetzen ist, darüber muß gesprochen werden.

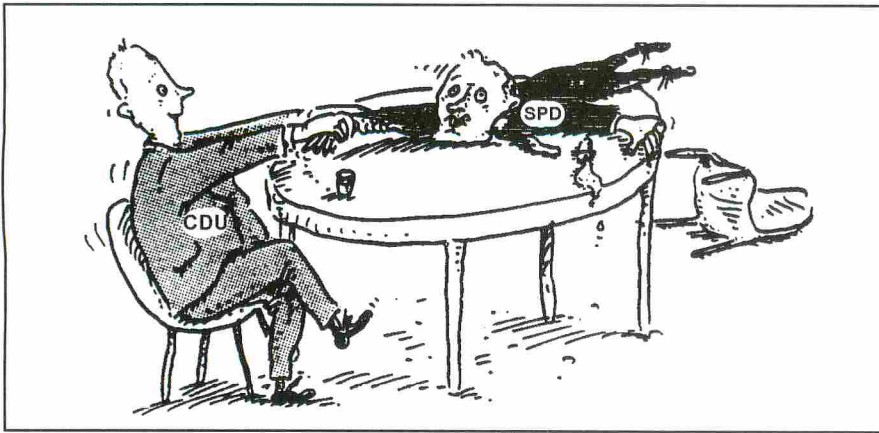
Gerd Schulmeyer
Vorsitzender der DKP Mörfelden-Walldorf
Fraktionsvorsitzender der DKP/Offene Liste

Geschichte Geschichten Zukunftsgedanken

LINKE RUNDE
Diskussionsforum der
DKP Mörfelden-Walldorf

Diskussion mit
Herbert Mies
langjähriger Vorsitzender der DKP

Mittwoch, 7. September 1994, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden



Über den Tisch gezogen ...

Also, wenn Sie abends nichts vorhaben, im Fernsehen gibt's nichts - besuchen Sie doch mal eine Stadtverordneten-Sitzung. Zumindest die beiden letzten hatten hohen Unterhaltungswert. Es waren auch viele Zuschauer da. Nur lustig, also lustig war's überhaupt nicht.

Es waren die Themen, die Zuhörer brachten. Die Diskussionen um den „kw“-Vermerk für die Museumsleiterin oder das Kulturcafé.

„Ihr reicht der CDU die Hand, mit der ihr morgen über den Tisch gezogen werdet“, sagte bei der Haushaltsplanberatung Rudi Hechler zur SPD-Fraktion. So ähnlich ist es denn auch gekommen. Damals dachten wohl einige bei der SPD: „Machen wir mal ein Bündnis mit der CDU, die Schwarzen werden dann sicher handzahn“. Pustekuchen. Die CDU-Angriffe auf die SPD verstärken sich, werden häufiger.

Dabei ist die hiesige CDU in ihren Kampfmethoden gar nicht zimperlich. Da wurden zwar über 1200 Unterschriften gegen den angesprochenen „kw“-Vermerk gesammelt und über 20 Protestschreiben erreichten die Stadtverordneten, was sagt da die CDU: „Die Leute wußten ja gar nicht, was sie unterschrieben haben“.

Oder das Kulturcafé, 2481 bestätigte Unterschriften wurden gesammelt, eine enorme Leistung. Und wieder sagt die CDU: „Die Leute wußten ja gar nicht, was sie unterschrieben haben“.

Könnte man ja mal fragen: „Wußten eigentlich alle Wähler, was sie taten, als sie diese CDU wählten?“

Aber bleiben wir beim besagten Kulturcafé. Das alte Rathaus steht seit Dezember 1990 leer. Die Stadt hatte so-

gar dem vorherigen Nutzer 30.000 Mark Abfindung gezahlt, damit er früher rausgeht. Gleichzeitig wurden Verwaltungsräume in der Kirchgasse angemietet, Kosten: 2500,- Mark mtl. Da ist wirklich eine Menge schiefgelaufen.

Später kam dann die Kulturcafé-Idee, das Engagement junger Leute. Nicht schlecht, dachten viele. Die Mörfelder Geschäftsleute unterstützten die Sache. Es wurde deutlich, es ist gut, wenn ein solcher Platz abends nicht verödet und es ist auch gut, wenn die Stadt, vor allem für die Jugend attraktiver wird.

Die CDU, anfänglich zustimmend, fing an zu mauern. Sie sprach vom Geldmangel während der „kw“-Vermerk-Debatte und bei der Diskussion um ein Kulturcafé. Ihr paßt die ganze Richtung nicht. Sie hat nur eines im Sinn, sie will eine rechte, reaktionäre Wende in unserer Stadt. Sie will eine Wende in sozialpolitischen, kulturellen und in geschichtlichen Fragen. Darum geht es, jetzt und in den kommenden Wahlkampfmonaten.

Ja zum Bürgerentscheid Ja zum Kulturcafé im Alten Rathaus

Gegen die Stimmen der CDU haben SPD, Grüne und DKP/Offene Liste die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens für das Kulturcafé im Alten Rathaus festgestellt. Am 18. September wird dazu ein „Bürgerentscheid“ stattfinden, bei dem die Wählerinnen und Wähler über die zukünftige Nutzung des seit Jahren leerstehenden Gebäudes entscheiden. Nachdem die SPD auf Drängen der CDU im Zuge der Haushaltsberatungen vom Kulturcafé Abschied genommen hatte, konnten sich die Sozialdemokraten dem erklärten Willen von 2481 Bürgerinnen und Bürgern nicht völlig entziehen, die sich mit ihrer Unterschrift für das Kulturcafé ausgesprochen hatten.

Jetzt gilt es, für die Teilnahme am Bürgerentscheid zu werben. Die DKP und die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste halten die baldige Realisierung des Kulturcafés für eine vernünftige Sache. Gerade heute kann damit ein deutliches Zeichen gesetzt werden, das für Jugendliche und die ältere Generation, aber auch für das Gewerbe Perspektiven eröffnet, das Leben in der Innenstadt von Mörfelden zu gestalten. Dafür lohnt es sich zu streiten und auch das notwendige Geld auszugeben. Die Bürgerinnen und Bürger haben es in der Hand, was aus dem Alten Rathaus wird. Wir rufen auf: Sagt „JA“ zum Kulturcafé !

Ob das gut geht?

SPD

Mörfelden-Walldorf

CDU

Mörfelden-Walldorf

**GEMEINSAM
UNSERE STADT GESTALTEN.**

Die Sache mit dem Ozon

Ozon ist in hohen Luftschichten als Schutzschild gegen UV-Strahlen lebensnotwendig. Andererseits ist es bei direktem Kontakt ein sehr aggressives Gas mit schädlichen Auswirkungen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Die steigenden Ozon- und Schadstoffbelastungen durch den Straßenverkehr ängstigen immer mehr Bürger. Mehrere Male wurden in den letzten Wochen auch in unserer Region die Grenzwerte von 240 Mikrogramm überschritten und hessenweit Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt. Der BUND-Ortsverband Mörfelden-Walldorf trägt mit seiner Ozon-Meßstelle in der Kelsterbacher Straße dazu bei, daß rund um die Uhr in unserer Stadt die Werte festgestellt und für Aufklärung gesorgt wird. Damit sich die Bürger jederzeit orientieren können, wie hoch die Ozonwerte gerade sind, werden diese auf einen Monitor übertragen der von der Straße einzusehen ist. An den Tagen der landesweiten Geschwindigkeitsreduzierung gingen auch die Werte in Walldorf um 30% zurück. Nebenstehenden Brief erhielten wir von Reinhold Zang, der gemeinsam mit Walter Reiß und Werner Kunz die Anlage ehrenamtlich betreut. HH

Hauptsache der Profit stimmt

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist allerdings der Meinung, es wäre hilfreicher das Autobahnnetz mit dritten Fahrspuren zu ergänzen, anstatt Tempolimits festzusetzen. Durch Geschwindigkeitsbeschränkungen lasse sich eine entscheidende Ozonminderung nicht erreichen. Nachdrücklich warnte der BDI davor, Ozon-Ängste zu schüren. (s. "Frankfurter Neue Presse", vom 10. 8. 1994)

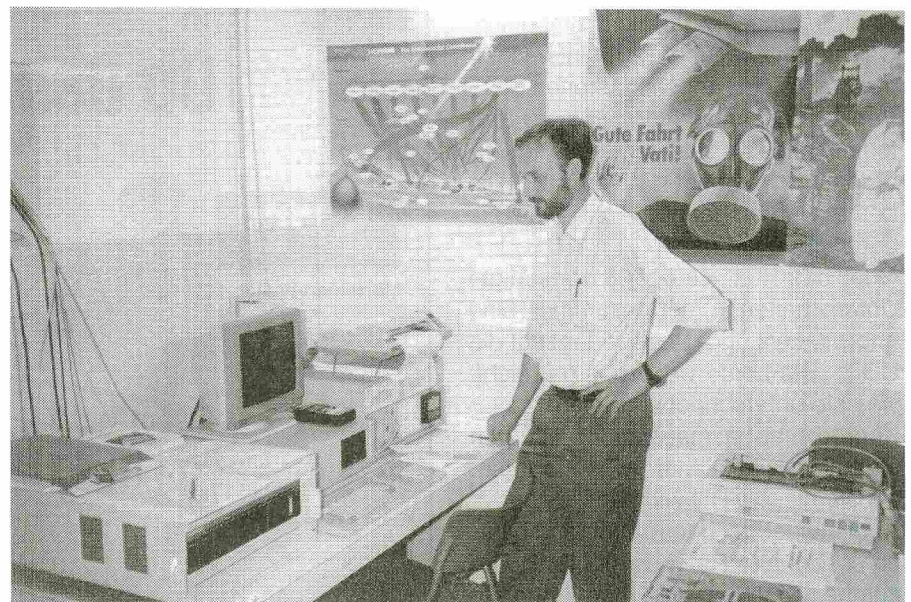
Da kann man nur sagen, was interessiert den BDI die Gesundheit der Bürger, wenn die Gewinne stimmen.

Finanzielle Hilfe ist notwendig

Seit dem 13. Juli 1994 mißt der Ortsverband des BUND Mörfelden Walldorf wieder den Ozongehalt in der Luft. Die Meßstelle liegt in der Kelsterbacher Straße 28, einem typischen Wohngebiet unserer Stadt. Ozon, ein farbloses Gas, wird durch die Atemluft aufgenommen und greift in höheren Konzentrationen das Lungengewebe an, es entsteht aus einer chemischen Reaktion von Stickoxiden - die im Sommer im wesentlichen aus unseren Autoauspuffen kommen - und der Einwirkung von Sonnenlicht (UV-Strahlung). Die Meßstation des BUND arbeitet nach dem gleichen Prinzip wie die 33 Landes-eigenen Stationen in Hessen. Die Station wurde von der Landesanstalt für Umwelt kalibriert. Um die Meßwerte wissenschaftlich einwandfrei interpretieren zu können, werden zusätzlich die Temperatur, die relative Luftfeuchte, der Lichteinfall sowie die Windrichtung und die Windgeschwindigkeit gemessen. Alle Werte werden auf einer Außenanzeige dargestellt und sind somit für jeden Interessierten zugänglich. Zusätzlich werden Informationsveranstaltungen angeboten. Die Aktiven des BUND wollen mit diesem sehr kostspieligen und arbeitsreichen Projekt eine bessere Information der Bevölkerung über die Ursachen und die Auswirkungen des Reizgases Ozon bewirken. Wie sich an den Tagen der offenen Tür zeigte, wurden, besonders nach dem ersten Ozonalarm, die Informationen begierig aufgenommen. Die

Meßwerte von 240 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft wurden auch in unserer Stadt zum Teil deutlich überschritten. Um die Arbeit der Station aufnehmen zu können, wurde das Ozonmeßgerät geliehen, denn der Anschaffungspreis von 22000,- DM überschreitet bei weitem die Mittel des Ortsverbandes. Durch die hohen Leihgebühren ist der Betrieb der Station auf max. drei Monate begrenzt. Die Arbeit im nächsten Jahr ist bis heute noch nicht gesichert. Alle anderen Geräte, die zur Auswertung notwendig sind, wurden aus privaten Mitteln finanziert oder geliehen. Der bisherige Arbeitsaufwand zum Aufbau der Auswerteeinrichtungen und Erstellen der Software liegt über 600 Stunden. Als zusätzliche Meßgröße wird der Summenschallpegel aufgenommen. Dieser Pegel entspricht dem Geräusch, das eine Person wahrnimmt, die im Garten sitzt. Erste Ergebnisse zeigen, daß der Lärmpegel (bedingt durch die Autobahn A5) selbst nachts über 45 dB(A) liegt. Im nächsten Jahr wird diese Messung verfeinert, um eine bessere Argumentation führen zu können, wenn zusätzliche Lärmquellen wie die Cargo City Süd geplant sind. Um den Betrieb auch im nächsten Jahr wieder aufnehmen zu können, ist der Ortsverband des BUND auf die aktive und finanzielle Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen. Alle Interessierten können sich an die Geschäftsstelle bei Walter Raiss, Kelsterbacher Str. 90 wenden.

Reinhold Zang
Friedrich-Ebert-Str. 3
64546 Mörfelden Walldorf
Tel. priv. 06105/277958



Wir schlagen vor: Am 16. Oktober PDS wählen!

Eine Möglichkeit für Linke

Mit der PDS ergibt sich erstmals seit Jahrzehnten wieder eine Chance, daß eine linkssozialistische Partei im politischen Spektrum Deutschlands auch auf parlamentarischer Ebene sichtbar und wirksam bleibt. Solche Versuche hat es in der Vergangenheit mehrfach gegeben und sie sind immer wieder gescheitert. Dies gilt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), die 1917-1922 eine Massenorganisation war, aber von KPD und SPD aufgesaugt wurde. Linkssozialistische Splittergruppen in der Schlußphase der Weimarer Republik waren zwar theoretisch interessant, aber praktisch einflußlos. Auch nach 1945 blieb die parteipolitische Linke zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten. Die Grünen haben bald nach ihrer Gründung einen linkssozialistischen Weg ausdrücklich ausgeschlossen. Nach dem Scheitern des realen Sozialismus und der bereits lange vorher feststehenden überregionalen Wirkungslosigkeit der DKP blieb die Position links von der SPD unbesetzt. Die PDS hat die Chance, diese Lücke zu schließen und im Falle eines Erfolgs auf Bundesebene ein weiteres Abdriften der Sozialdemokratie nach rechts zu hemmen. Wer dies für einen sinnvollen Versuch hält, sollte sie unterstützen.

Viele Linke spielen angesichts der heutigen Entwicklungen in der SPD und bei den Grünen mit dem Gedanken, überhaupt nicht wählen zu gehen. Wer stattdessen eine Position links von SPD und Grüne sichtbar machen will, sollte der PDS die Stimme geben.

Wählt CDU!

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen sie das Märchen von den blühenden Landschaften und fragen Sie ihren arbeitslosen Nachbarn.

Die CDU dreht durch

In der "Frankfurter Rundschau" war zu lesen, wie die Spitzenleute der Kreis-CDU gegen die PDS wettern. Sie berufen sich dabei auf „Erkenntnisse“ der CDU-Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese „Erkenntnisse“ sind eine bestellte Untersuchung, die von Steuergeldern bezahlt wurde.

In der CDU-Erklärung, die vor allem auf die SPD zielt, wurde auch der PDS-Wahlkreis kandidat Rudi Hechler angegriffen. Er nahm dazu wie folgt Stellung:

Ich kandidiere für die PDS in unserem Wahlkreis aus drei Gründen:

- 1. Ich wurde von der PDS darum gebeten. (In Hessen gibt es unter den Direktkandidaten der PDS insgesamt drei Mitglieder der DKP.)*
- 2. Ich will, daß neben der SPD, deren Bundespolitik für mich z.Zt. schwer zu ertragen ist, eine linke Kraft in den Bundestag einzieht.*
- 3. Es wird zunehmend sicher, daß es die PDS in der ehemaligen DDR schafft, drei Direktmandate zu erringen. Damit ist die 5%-Klausel in der Bundesrepublik für sie hinfällig. Keine Stimme ist verloren, jede Stimme, auch im Kreis Groß-Gerau, zählt.*

Die Bürgerinnen und Bürger aus Mörfelden-Walldorf wissen, ich bin kein „Postkommunist“, ich bin gewählter Stadtverordneter und Mitglied der DKP seit ihrer Gründung. In Mörfelden-Walldorf gab es die kommunistische Arbeiterbewegung schon, als es noch keine Sowjetunion und keine DDR gab.

Ich wünsche mir einen sachlichen Wahlkampf, am besten wäre ein Ideenwettbewerb. Vor allem die CDU setzt aber auf andere Strategien.

*Beispiele:
Für CDU/CSU-Minister Bötsch ist die PDS eine „Partei der Schurken“.*

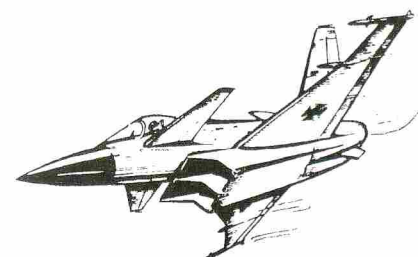
Minister Carl Dieter Spranger nennt sie „die Mörder, Folterer und Brandstifter von gestern“.

Für Theodor Waigel ist die PDS ein „Krebsgeschwür“.

CDU-Ministerpräsident Seite, wollte die „roten Socken“ sogar mit „dem Flammenwerfer ausräuchern“

Wer Zeitungsausschnitte sammelt kann diese Beispiele endlos fortsetzen.

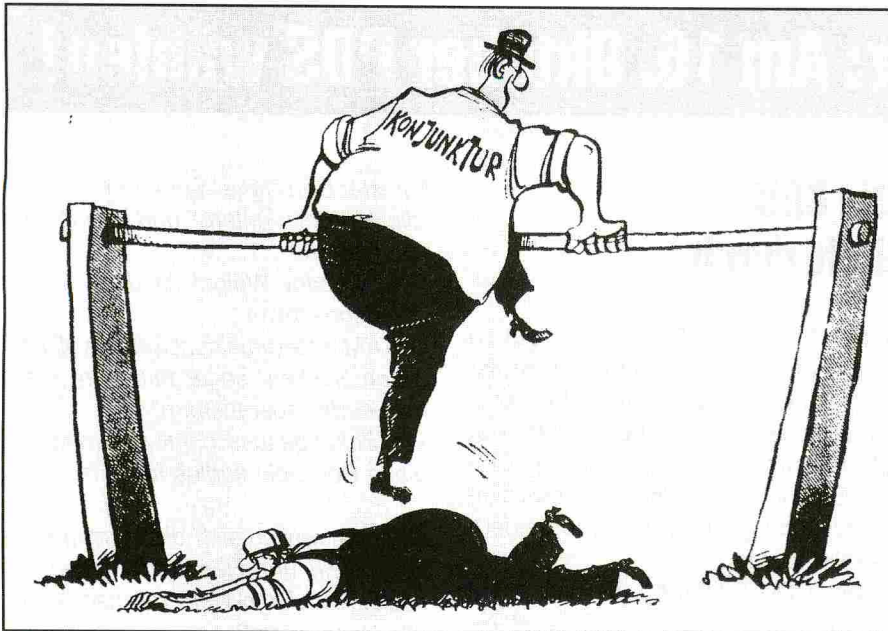
Offenbar wollen sich die Herren Hörsken, Weiß und Haselbach dieser unsachlichen „Dreckwerferei anschließen. Ob's was bringt?



Die rote Karte ist fällig

Die Aufrüstung läuft weiter auf Hochtouren. Die Rüstungskonzerne reiben sich die Hände. Mittlerweile wurde bekannt, daß der im Bau befindliche „Eurofighter 2000“ teurer werden soll, als der wegen der Superkosten eingestellte „Jäger 90“. Gleichzeitig geht die soziale Demontage verstärkt weiter. Höchste Zeit, denen die rote Karte zu zeigen, die solchen Wahnsinn verzapfen. Gegen den Bau des „Jäger 90“-Nachfolgers gibt es mittlerweile eine auch von der DKP unterstützte Kampagne, zu der Friedensgruppen aller Richtungen, kirchliche und soziale Organisationen, von „Pax Christi“ bis zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen aufgerufen haben. Unterschriften werden gesammelt unter folgenden Text:

„Wir bitten den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung aufzufordern, die Planungen für den „Eurofighter 2000“ sofort zu stoppen und freiwerdende Gelder dem Sozial- und dem Umwelthaushalt zuzuführen.“



Trotz statistischer Kosmetik, die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Juli wieder um 112 000 auf knapp über 3,7 Millionen gestiegen. Im Westen nahm die Zahl der Erwerbslosen um 92600 auf 2,57 Millionen zu - 244900 mehr als vor einem Jahr. Die Quote erhöhte sich im Juli von 8,0 auf 8,3 Prozent. Im Osten stieg die Arbeitslosenzahl um 19400 auf 1,136 Millionen. Die Quote erhöhte sich von 14,8 auf 15,1 Prozent. Diese offiziellen Zahlen sind reine Schönfärberei. Seit Jahren kommen nämlich Hunderttausende in dieser Statistik überhaupt nicht mehr vor.

Arbeitslosigkeit - steigende Gewinne

Bis zur Bundestagswahl im Oktober dieses Jahres will die Bonner CDU/FDP Regierung den wirtschaftlichen Aufschwung noch herbeizaubern. Die steigenden Arbeitslosenzahlen im Juli sprechen jedoch erneut dagegen, so daß es bei dem herbeireden wohl bleibt. Nach neuesten Meldungen gab es allein in Westdeutschland in den Sommermonaten noch nie so viele Arbeitslose als zur Zeit. Jeden Tag kann man beim Aufschlagen der Zeitung von einschneidenden Veränderungen in großen und kleinen Betrieben, von schlanker Produktion, von Einsparungen, Automatisierung, Betriebsverlagerung, bis hin zur Betriebschließung, lesen. Die Leidtragenden sind ausschließlich die Beschäftigten. Nur einige Meldungen der letzten Wochen aus der Frankfurter Rundschau sprechen für sich:

20.07. VDO - „Beim Personal ist die Firma auf Schrumpfkurs. Ende Juni standen mit 6931 Menschen 14 Pro-

zent weniger auf der Lohn- und Gehaltsliste der AG, als vor Jahresfrist“ das waren ca. 1130 weniger.

26.07. „Gildemeister schluckt Werkzeugmaschinenbauer Deckel Maho“, von einst 6000 Stellen bleiben 1000 übrig.

28.07. „BMW erhöht die Drehzahl“ Gewinnsteigerung (nach Steuern) um 14 % auf 290 Millionen Mark. Reduzierung der Beschäftigtenzahl binnen 12 Monaten um etwa 3000 auf 71612.

28.07. Maschinenbauverband VDMA meldet dickere Auftragsbücher (44% im Juni) Trotz Gewinnsteigerung von ca. 50% hat sich die Zahl der Beschäftigten (Ende April im Westen noch 931000) um 10% verringert. Das waren 100000 weniger als 12 Monate zuvor.

29.07. „Traktorenhersteller Fendt fährt der Branche wieder voraus“. Innerhalb von 12 Monaten die Arbeitsplätze um 300 auf 2850 reduziert.

29.07. „BASF zerschlägt Acrylglas in Raunheim“, Standort wird aufgegeben,

Arbeitsplatzverlust in Raunheim 30 bis 50 und in Mainz bis 20.

30.07. „Mercedes übernimmt Kässbohrer“, 1300 Männer und Frauen sollen bis März ihren Arbeitsplatz verlieren.

03.08. „Chemie-Industrie kommt im Westen in Schwung“ Stellenabbau hält an. 4 Prozent Umsatzsteigerung, 100 Milliarden Umsatz. Beschäftigte im Westen 531 400, das sind 28 000 weniger als vor einem Jahr, im Osten 40400 bedeutet einen Rückgang von 16000 binnen Jahresfrist. Dennoch wollen BASF, Höchst und Bayer weiter übertarifliche Lohnbestandteile kürzen.

06.08. Deutsche Waggonbau (DWA) will die Hälfte der Stellen streichen, von 7550 auf 3800 Beschäftigte.

Dazu paßt auch die Meldung, daß die Opel AG ihre seit über 80 Jahren bestehende Berufsschule, die von 600 bis 750 Schülern besucht wird, schließen will.

In den westlichen Industrieländern gab es 1970 noch 10 Millionen Arbeitslose, heute sind es schon über 35 Millionen. In vielen Ländern ist die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen zwei bis dreimal höher als bei den Erwachsenen.

Insgesamt eine gefährliche Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Wie will eine Regierung, die der Wirtschaft noch nie so viel Freiheit gewährt hat wie je eine vor ihr, noch lenkend eingreifen? Immer mehr bewahrheitet sich der Satz von Karl Marx, daß „wirtschaftliche Macht gleich politische Macht“ ist. Die Wirtschaftsbossen haben nicht nur in ihren Betrieben das uneingeschränkte Sagen, sondern reden und handeln immer mehr in Entscheidungen hinein die ausschließlich den gewählten politischen Gremien zustehen. Zum Beispiel H.P. Stihl, Präsident des DIH: „Alles muß auf den Prüfstand - von der Sozialhilfe bis zum Rentensystem. Der Leidensdruck muß in unserem Land noch größer werden“. Oder „Arbeitgeber fordern Einschnitte in Krankenversicherung, für jeden Arztbesuch zahlen“ Frankfurter Rundschau 18.04.94.

Spitzenverbände der Industrie und die Bonner Regierung üben auch auf dem kommunalen Sektor immer mehr Ein-

fluß aus. Ihre Forderung heißt Privatisierung. Stadtwerke, Kläranlagen, Wasserwerke, Müllabfuhr, Stadtreinigung, Bauhöfe, sogar Friedhöfe sollen aus der Einflußnahme der gewählten Gemeindevertretungen herausgenommen werden. Auch so mancher sozialdemokratische Bürgermeister sieht dabei nicht über seinen Teller rand hinaus und erhofft sich Einsparungen, aber das größte Einsparpotential liegt nach Meinung der Gutachter im Personalbereich. So soll allein bei der Umwandlung der Frankfurter Stadtwerke und der Müllabfuhr, die Zahl der Stellen um 1200 von derzeit 6000 auf 4800 abgebaut werden. Also auch die Städte und Gemeinden werden angehalten, an der Arbeitslosenschraube mitzudrehen, um angeblich ihre Haushaltslöcher zu stopfen. Dabei sind doch die größten Ausgabensteigerungen der Kommunen die sozialen Ausgaben. Immer mehr Menschen werden zu Sozialhilfeempfängern. Die von der Bundesregierung geplante Befristung der Arbeitslosenhilfe auf maximal zwei Jahre setzt dem ganzen noch die Krone auf. Dadurch würden 300 000 bis 400 000 Erwerbslose aus dem Leistungsbezug herausfallen und wären auf Sozialhilfe angewiesen.

Heinz Hechler



**Zeitung
der DKP**

Probeexemplare bestellen!

Hoffnungstr. 18 , 45127 Essen

**Jede Mark hilft
dem »blickpunkt«!**

**Unser Konto:
Kreissparkasse GG,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

In Kürze

Alarm

Wir erhielten Anrufe: Am Bahnhof Mörfelden würde öfters eine Alarmsirene heulen. So z.B. auch am 23. 7.

Manchmal würde es eine halbe Stunde dauern, bis das Ding abgestellt würde. Sollte sich mal das Rathaus drum kümmern.

Murks

Der Statistische Bericht der Stadt für 1993 wurde veröffentlicht. Diesmal mit Vorwort des Ersten Stadtrats. Das wurde offensichtlich so kurzfristig noch aufgenommen, daß keine Zeit war, die Beschreibung des Stadtwappens darin richtig zu zitieren. So ist darin u.a. von "aufgeklebten" statt "aufgelegten" Dreschfliegeln die Rede. Herr Vorndran hätte besser auf sein Vorwort verzichtet früher ging es auch ohne.

Verkehrssicherheit

Auf der Kreuzung Langener Straße/Schnepfenschneise (Hotel Europa/Naturfreundehaus) ist es in den letzten Jahren zu schwerwiegenden Unfällen gekommen. Beim Überqueren der viel und vor allem viel zu schnell befahrenen Straße kam es zu einem tödlichen Unfall und zu Schwerverletzten. Täglich entstehen gefährliche Situationen beim Passieren von Radfahrern und Fußgängern. Anträge im Stadtparlament zur Initiative für mehr Sicherheit wurden mehrheitlich angenommen. Entweder solle ein Zebrastrifen, besondere Hinweis schilder, blinkendes Gelblicht, eine Bedarfsampel oder Überquerungshilfe (Verkehrsin sel) für eine Entschärfung dieses neuralgischen Punktes sorgen. Es tat sich aber nichts. Die Straßenverkehrsbehörden des Landes und des Bundes sind gefordert, doch die Stadt sollte diese Behörden drängen. In der Zwischenzeit sind Jahre vergangen. Man kann dennoch nicht sagen, daß nichts passiert ist: die Geschwindigkeitsbegrenzung „60 km“ wurde auf „70 km“ verändert.

Scharlatanerie

Der Flugverkehr nimmt weiter zu. In sechs Jahren sollen 15% mehr Maschinen auf dem Rhein-Main-Flughafen landen und starten.

Jetzt gibt es dort bereits 379.000 Flugbewegungen im Jahr und 33 Millionen Passagiere. Auf dem Airport ist man stolz, in einer Stunde schon 90 Starts und Landungen geschafft zu haben.

Möglicherweise meint man dort, das könnte die künftige Norm sein.

Natürlich wird alles "nicht lauter, sondern eher leiser werden" heißt es, weil die modernen Jets erheblich geräuscharmer seien.

Was sollen die geplagten Flughafen anlieger zu dieser Scharlatanerie sagen?

Subventioniert

Eine Zeitungsnotiz bekamen wir in den Briefkasten mit dem Vermerk: "Schweine rei".

Richtiger Kommentar! Um was geht's? Das Landgut der Prinzessin Anne im westenglischen Gatcombe Park erzielt 90% seiner Einkünfte aus Subventionen der Europäischen Union, weil man das Land brachliegen läßt. Auch die Queen selbst läßt viele Ländereien brachliegen und kassiert. Pro Jahr eine halbe Million Mark.

Armer Adel.

Immer auf die Kleinen

„Wie uns der Kreis ausschuß des Kreises Groß-Gerau mitteilte, wird aufgrund der Sparmaßnahmen des Kreises, ab September 1994 die Mütterberatung im Stadtteil Walldorf eingestellt...“ Mit diesem lapidaren Hinweis in den Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Mörfelden-Walldorf und der Bitte um Kenntnisnahme ist für Bürgermeister Brehl die Sache erledigt. Gespart werden soll, wie immer, bei den Kleinen und Kleinsten. Die DKP/Offene Liste wird der Sache nachgehen. GS



Hier wird nicht Altglas geradema! zum nächsten Container um die Ecke gefahren - nein es war die Versorgung der Mörfelder mit „Bizzelwasser“ vor etwa 60 Jahren. Unser Bild zeigt Henriette Funk, geb. Gölzenleuchter aus der Brückenstraße, die sich schon sehr früh als Getränkelieferantin betätigte. Man konnte bei ihr zu Hause kaufen, aber sie fuhr das begehrte Naß auch per Fahrrad zu ihren Kunden. Der Bedarf für mehrere Familien paßte in ihren Korb an der Lenkstange. In Anbetracht der Mengen von Mineralwasser die heute Kastenweise verkonsu- miert werden drängt sich die Frage auf, hatten die Leute früher weniger Durst, oder weniger Geld? Letzteres trifft sicherlich in den meisten Fällen zu, denn es wurden sehr selten mehr als 1 bis 2 Flaschen gekauft, dafür aber mehr Wasser aus der Leitung getrunken.



Unser schönes Waldschwimmbad

In diesem Jahr meinte es der Sommer besonders gut. Entsprechend war auch der Badebetrieb. Am 27. Juli 1994 schrieb die „Frankfurter Rundschau“: „Hitze läßt die Kasse klingeln, das Waldschwimmbad hat sein Soll erfüllt. Bis zum 17. Juli wurden rund 2000 Familiendauerkarten und an Einzelpersonen 536 Dauerkarten verkauft“. Interessant ist, was an den Wochenenden alles angereist kommt. Die Mutter schiebt den Kinderwagen, auf dem außer dem Kleinkind noch allerhand anderes untergebracht ist. Zwei Kinder laufen mit Rucksack und Taschen nebenher. Der Vater schleppt zwei Kühltaschen. Auffallend viele ältere Frauen kann man in diesem Jahr beim Schwimmen sehen. Man grüßt und lächelt sich freundlich zu. Eine sehr angenehme Atmosphäre. Nach wie vor erfreut sich unser Schwimmbad großer Beliebtheit. Eine jüngere Frau, sie war scheinbar lange nicht da, rief mir auf dem Heimweg zu: „Mer is wirrer en ganz annerer Mensch!“ Das stimmt.

Hoffentlich kommen nicht irgendwelche Politiker, wie in anderen Städten geschehen, auf die Idee, Eintrittsgelder erneut zu erhöhen oder das Bad einmal ganz stillzulegen.

Sofie Haag, Forsthausstraße

